
Das Thatcher-Mirakel?*

**Stephen Nickell
Richard Layard**

Die wichtigsten Kriterien wirtschaftspolitischer Zielerreichung sind gesamtwirtschaftlicher Output, Arbeitslosigkeit, Inflation und Einkommensverteilung. In Abschnitt 1 werden wir die Entwicklung dieser Kriterien (in Großbritannien) während der letzten zehn Jahre zeigen.

Grundsätzlich gibt es zwei Pluspunkte. Das Wirtschaftswachstum ist im Verhältnis zu den ursprünglichen EG-Mitgliedsländern – aber nicht im Verhältnis zum Rest der OECD – stärker gestiegen. Und die Inflation ist zurückgegangen, allerdings nicht wesentlich stärker als in anderen Ländern.

Die Minuspunkte waren beachtlich. Im Vergleich zu den Nicht-EG-Ländern – und auch im Vergleich zu Großbritannien in den Jahren nach 1933 – war die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht sehr erfolgreich, und die Ungleichheit ist stark gestiegen.

Diejenigen, die an das Thatcher-Mirakel glauben, sollten deshalb in Betracht ziehen (und tun es auch), daß ein Gutteil der Ernte (an höherem Produktivitätszuwachs und niedrigerer Inflation) noch eingebracht werden muß. Sie argumentieren, daß Großbritanniens verbesserte Produktivität für einige Jahre anhalten werde, da sie auf eine dauerhafte Verschiebung der Machtstrukturen an den Arbeitsplätzen zurückzuführen sei. Zur Überprüfung, ob diese Annahme wahrscheinlich ist, untersuchen wir in Abschnitt 2 die Gründe für die Umkehrung in der Produktivitätsentwicklung. Wir schließen (versuchsweise), daß der Einfluß der Gewerkschaften auf den Produktivitätszuwachs durch mehr als bloß die Arbeitsmarktsituation vergrößert worden ist.

* Vortrag gehalten am 9. Dezember 1988 in einem Seminar über Arbeitslosigkeit im Centre for Labour Economics. Eine stark gekürzte Fassung dieser Arbeit erschien im Mai 1989 in der *American Economic Review*, ein ausführlicher Datenanhang ist auf Anfrage bei den Autoren erhältlich. Die Übersetzung besorgte Ernst Jauernik.

Tabelle 1**Einige Leistungsindikatoren****Wachstum Output/Bevölkerung (15–64 Jahre) in % p. a.**

	66–73	73–79	79–83	83–88	66–79	79–88
UK	3,1	1,1	–0,3	3,0	2,2	1,5
EG (9)	3,9	1,8	–0,3	2,2	3,0	1,1
OECD Rest	3,1	1,3	0,7	2,6	2,3	1,7
USA	1,6	0,7	–0,5	3,1	1,2	1,5
Japan	7,8	2,8	2,7	3,3	5,6	3,0
Schweden	3,1	1,7	0,8	2,4	2,5	1,7
OECD gesamt	3,4	1,4	0,3	2,5	2,5	1,5

Wachstum Output/Beschäftigung in % p. a.

	66–73	73–79	79–83	83–88	66–79	79–88
UK	3,2	1,3	1,8	2,1	2,4	2,0
EG (9)	4,2	2,2	2,2	1,8	3,4	1,7
OECD Rest	3,0	1,1	1,3	1,8	2,1	1,6
USA	1,2	0,0	1,3	1,0	0,7	0,8
Japan	7,9	2,9	2,4	3,4	5,6	2,9
Schweden	2,8	0,5	0,9	1,9	1,8	1,4
OECD gesamt	3,5	1,5	1,3	1,9	2,5	1,6

Arbeitslosigkeit**Inflation**

	79	88	79	88
UK	4,7	10,2	13,2	5,6
EG (9)	4,7	9,3	8,9	3,1
OECD Rest	5,7	6,7	8,0	3,7
USA	5,8	5,6	8,8	3,3
Japan	2,1	2,5	1,5	1,8
Schweden	2,1	1,7	8,3	5,8
OECD gesamt	5,4	7,5	8,3	3,5

Wachstum der realen Nettoeinkommen 1979–1988, pro Person (UK)

Person im obersten Perzentil 73%

Person im untersten Zehntel 13%

Anm.: Alle Zahlen sind jährliche Durchschnittswerte, und Wachstumsraten gelten von Jahr zu Jahr.

Derselbe hoffnungsvolle Schluß kann aber weder in bezug auf ihre Rolle in der Inflationsentwicklung noch auf die Inflation im allgemeinen gezogen werden (Siehe Abschnitt 3). Das Niveau der Arbeitslosigkeit, das erforderlich ist, um die Inflation zu kontrollieren, ist jetzt viel höher als 1979, und wir schätzen, daß ohne den kraftvollen Segen des Nordseeöls (und die damit verbundene Aufwertung des Pfund Sterling) die Inflation jetzt um etwa 10 Prozent höher wäre – hätte man nicht die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen lassen.

Abschließend betrachten wir in Abschnitt 4 das Ansteigen der Ungleichheiten. Wir schließen, daß die Meinungsmacher bereit sind, an das Thatcher-Wunder zu glauben, weil es für sie selbst wohl ziemlich wunderbarlich ist.

1. Hauptergebnisse

Output

Die Hauptdaten der Entwicklung werden in Tabelle 1 gezeigt. Wir beginnen mit dem BIP-Wachstum pro Kopf der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Während der Beobachtungsperiode wuchs das britische Bruttoinlandsprodukt nahe dem durchschnittlichen Wachstum der Nicht-EG-Industrieländer. In den meisten dieser Länder einschließlich Großbritannien gab es zwischen 1973 und 1983 einen Konjunktуреinbruch, der von einer Erholungsphase gefolgt wurde. Im Gegensatz dazu war in der EG, die ursprünglich über dem Durchschnitt lag, ein Rückgang unter diesen zu verzeichnen.

Produktivität

Schwenkt man nun zum Produktivitätszuwachs, ist die Entwicklung ziemlich dieselbe. Seit den sechziger Jahren ist er in Kontinentaleuropa stark, jedoch in den übrigen OECD-Ländern weniger stark zurückgegangen. Tatsächlich hat sich der Produktivitätszuwachs seit den späten siebziger Jahren etwas verbessert, und zwar sowohl in Großbritannien als auch in anderen Ländern.

Wie Englander und Mittelstädte zeigen, ist die Entwicklung der Produktivität sowohl in bezug auf die totale Faktorproduktivität als auch auf die Ausbringung per Arbeitskraft sehr ähnlich. In beiden Fällen schwanken die Ergebnisse. Über kleine Perioden der achtziger Jahre und in der industriellen Produktion – immerhin ein Viertel der gesamten Wirtschaft – war das britische Ergebnis während des Booms 1987/88 besonders gut. Aber die grundlegende Geschichte ist der Rückgang des Produktivitätszuwachses in Kontinentaleuropa und seine Erholung in anderen Ländern seit den siebziger Jahren.

Jene, die meinen, daß Großbritannien in relativem Niedergang war und eigentlich umgepolt wurde, vergleichen uns mit den ursprüngli-

chen EG-Mitgliedsländern und nicht mit den USA oder mit anderen europäischen Ländern wie z. B. Schweden. Sie nehmen an, daß ohne Frau Thatcher unser Produktivitätszuwachs mit dem Rest der EG-Länder zurückgegangen wäre, obwohl wir ja von einer geringeren Zuwachsrate und einem niedrigeren Produktivitätsniveau ausgegangen sind. Um der Argumentation willen akzeptieren wir diese Annahme.

Arbeitslosigkeit

Daher ist die Produktivitätsentwicklung zwar gut, aber nicht unbedingt ein Wunder. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hingegen ist schrecklich. Die Arbeitslosenrate hat sich seit 1979 mehr als verdoppelt. Das entspricht der Situation in Europa, aber nicht der in Skandinavien, in den USA oder in Japan. Und in Großbritannien ist die Arbeitslosigkeit mehr auf Berufsanfänger konzentriert als in den restlichen EG-Ländern, wobei hier die Arbeitslosenrate bei Männern einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt, am Kontinent dagegen zwei Prozentpunkte darunter liegt.

Seit 1986 sind die offiziellen Arbeitslosenzahlen ziemlich stark zurückgegangen. Das aber ist nur die Zahl der Empfänger von Arbeitslosenunterstützung. Seit 1986 hat es die Regierung – sei dies gut oder schlecht – erschwert, Unterstützungen zu erlangen. Im Lauf des „Restart Programme“ wurde Langzeitarbeitslose nicht nur befragt und auf ihre Berufseignung geprüft, sondern durch Infragestellen ihrer Bezüge auch Druck auf sie ausgeübt, sich eine Beschäftigung zu suchen, und gerade arbeitslos gewordene Leute wurden dazu angehalten, sich einem noch strengeren Berufseignungstest zu unterziehen. Daher reflektieren Veränderungen in der Zahl der Unterstützungsempfänger keineswegs mehr die Veränderungen in der Zahl der Arbeitslosen – um die international allgemein übliche Definition der Arbeit suchenden, arbeitsfähigen Beschäftigungslosen zu verwenden.

Unglücklicherweise haben wir bis jetzt keine überblicksmäßige Schätzung der Arbeitslosigkeit in Großbritannien nach Mai 1987 verfügbar. Im Jahr davor war die Arbeitslosenrate um bloß 0,3 Prozentpunkte gefallen – im Vergleich zum Rückgang der Unterstützungen um 1,0 Prozentpunkte. Ab diesem Zeitpunkt müssen wir uns auf die von der Regierung publizierten Zahlen der Selbständigen und der arbeitsfähigen Bevölkerung verlassen. Auf dieser Basis ging die Arbeitslosenrate in den zwei Jahren bis Juni 1988 um bloß einen Prozentpunkt zurück – im Vergleich mit einem Rückgang der „offiziellen Arbeitslosenrate“ um 3,3 Prozentpunkte. Das korreliert mit der Tatsache, daß die Zahl der freien Stellen seit Herbst 1987 nicht gestiegen ist. In Bälde wird uns der Arbeitsmarktbericht 1988 genauere Arbeitslosenzahlen liefern, aber auf Grundlage der zur Verfügung stehenden Quellen ist die Entwicklung der Arbeitslosigkeit immer noch sehr enttäuschend.

Der Unterschied zu den dreißiger Jahren ist frappant. 1937 war die Arbeitslosenrate auf das Niveau von 1929 zurückgefallen. 1987 jedoch

war die Arbeitslosenrate immer noch mehr als doppelt so hoch wie 1979. Und das Wirtschaftswachstum war in den dreißiger Jahren genauso hoch wie in den achtziger Jahren. Sind die achtziger Jahre also voller Wunder, so waren das die Dreißiger umso mehr, zumindest gemessen an der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zum Output¹.

Inflation

Zum Schluß nun die Entwicklung der Inflation. 1979 war die Inflation in Großbritannien um ein gutes Stück schlechter als in anderen Ländern. Die Einkommen wuchsen zwar tendenziell, jedoch der BIP-Deflator zur Faktorkosten stieg 1979 um denselben Wert wie 1978 und 1977². Nach der Wahl 1979 aber schwor Frau Thatcher der bisherigen Einkommenspolitik ab und verdoppelte die Mehrwertsteuer. 1980 begann die Inflation stark zu steigen. In den folgenden beiden Jahren fiel sie stark zurück und 1986 wiederum (auf 2,6 Prozent). In den letzten beiden Jahren ist sie wiederum auf 6 Prozent gestiegen.

Mittelfristige Ziele

Abgesehen von der Ungleichheit (siehe Abschnitt 4) ist somit unsere Betrachtung der Entwicklung bezüglich der eigentlichen Ziele der Politik soweit beendet. Da wir allerdings auch an Zukunftsperspektiven interessiert sind, wenden wir uns einigen der mittelfristigen Ziele zu und überprüfen, ob sie zur Zufriedenheit erreicht wurden oder nicht.

Erstens: Die Zahlungsbilanz. Trotz des beträchtlichen Beitrages der Nordseeölproduktion wird das Zahlungsbilanzdefizit 1988 wahrscheinlich ca. 4 Prozent des BIP erreichen. Das läßt den Erfolg der Inflationspolitik eher unsicher erscheinen, da eine reale Abwertung ab einem gewissen Punkt ohne größere Steigerung der Arbeitslosigkeit eher unwahrscheinlich ist.

Zweitens: Das Geldmengenwachstum. Während der ersten Thatcher-Jahre war das das oberste mittelfristige Ziel. Wegen eines Mißverständnisses betreffend die Bestimmung der Geldmenge M3 wurden die Zinsen so hoch hinaufgetrieben, daß das Pfund Sterling real um 44 Prozent aufgewertet wurde (1981 zu 1978, Lohnstückkosten).

Als Konsequenz davon fiel die nationale Produktion in den ersten beiden Jahren der Thatcher-Regierung nahezu gleich stark wie während der Großen Depression (und in der Industrieproduktion wurde der Stand von 1979 erst 1987 wieder erreicht). Nun, seit der Mitte der achtziger Jahre wurden die geldpolitischen Ziele größtenteils durch Wechselkursziele ersetzt, und die kurzfristigen Zinsen halten real derzeit bei etwa 8 Prozent, um den Wechselkurs zu stützen.

Drittens, das Budgetdefizit. Dieses ist von 4½ Prozent des Nationaleinkommens 1979 auf einen Überschuß von ca. 1 Prozent in diesem Jahr zurückgegangen. Die großen Budgetschnitte erfolgten 1980 und 1981,

was das strukturelle Defizit um etwa fünf Prozentpunkte des BIP verminderte. Seit damals waren Änderungen in der Fiskalpolitik eher aufkommensneutral. Das reale Defizit ist in den vergangenen zwei Jahren hauptsächlich gefallen – verursacht durch den Anstieg der Inlandsnachfrage, der durch die fallende Sparquote begründet wird.

Unter diesem Aspekt wurde das verminderte Defizit der öffentlichen Hand in keiner Weise durch die Vorteile begründet, welche auf das Konto des fiskalpolitischen Kurswechsels gehen könnten. Außerdem sind weder die Zinsen niedriger noch der reale Wechselkurs.

Viertens, die Gewinnsituation der Unternehmen. Die Kapitalrentabilität hat sich seit den späten siebziger Jahren drastisch verbessert. Trotz dieser Tatsache jedoch war der Anteil der Investitionen am BIP 1988 (einem außerordentlich guten Jahr) immer noch um einiges niedriger als in den späten siebziger Jahren.

Schließlich gibt es auch noch die speziellen angebotsseitigen Ziele der Regierung – verminderte Rechte der Gewerkschaften, größerer Privatanteil am Eigentum, und niedrigere Grenzsteuersätze, deren Auswirkungen wir später diskutieren werden. Läßt man diese jedoch beiseite, gibt unsere Untersuchung über die mittelfristigen Ziele der Politik kaum weiteren Anlaß zu Optimismus. Die Hauptpunkte sind, wie wir die Entwicklung der Produktivität und der Inflation interpretieren. Wir wenden uns nun diesen Punkten zu.

2. Produktivitätszuwachs

Warum nun hat der Produktivitätszuwachs in Großbritannien in einer Art und Weise zugenommen, die sich von Kontinentaleuropa so stark unterscheidet? Welche Rolle spielt die Arbeitslosigkeit und was ist die Rolle der Gewerkschaftsgesetze?

Die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität ist in Großbritannien stark gestiegen und sieht nun im Vergleich mit der EG und den anderen OECD-Ländern sehr gut aus, insbesondere im Sektor der industriellen Produktion (auf den wir uns nun konzentrieren werden). Die Grundlage für den Anstieg der totalen Faktorproduktivität (TFP) ist dieselbe, was zeigt, daß die Veränderung des Arbeitsproduktivitätszuwachses nicht einfach auf höheren Zuwachs der Nettokapitalakkumulation zurückzuführen ist. Tatsächlich hat sich das Wachstum der Kapitalausstattung in der Industrie trotz des enormen Anstieges der Profitabilität von 2,5 Prozent in der Periode 1973–1979 auf 1,5 Prozent p. a. in der Periode 1979–1986 verlangsamt.

Ein Faktor, der den absoluten und relativen Anstieg des TFP-Wachstums erklären könnte, der allerdings auch sofort aus der Betrachtung ausgeschlossen werden könnte, sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F & E). Der Prozentanteil von F & E am BIP ist im Verhältnis zu den meisten anderen EG und OECD-Ländern in den achtziger Jahren gefallen, was insbesondere auf F & E-Ausgaben außer-

halb des Rüstungssektors zutrifft, wobei allerdings in den USA eine ähnliche Entwicklung zu beobachten ist (siehe Engländer und Mittelstädt, Tabellen 14 und 15). Andere Faktoren, die wahrscheinlich dieser Veränderung zugrunde liegen, lassen sich unter drei Titeln zusammenfassen: Struktureffekte, Messungseffekte und die Reorganisation der Produktion. Sehen wir sie uns der Reihe nach an.

Struktureffekte

Die Hypothese der Struktureffekte beruht darauf, daß während des Niedergangs der Industrie von 1979 bis 1981 eine große Zahl der Fabriken mit der geringsten Produktivität geschlossen worden seien, was sich in den vergangenen Jahren in einem geringeren Ausmaß fortgesetzt habe. Das würde ganz klar zu einem Ansteigen der durchschnittlichen Produktivität führen. Unsere Unterlagen allerdings deuten darauf hin, daß dieser Faktor nicht wichtig war. Oulton (1987) zeigt, daß es nicht die Fabriken mit der niedrigsten Produktivität waren, die geschlossen wurden. Tatsächlich scheinen sich Schließungen überproportional häufig in großen Fabriken ereignet zu haben, deren Produktivität im allgemeinen über dem Durchschnitt liegt. Eine mögliche Erklärung für diese Konzentration ist, daß, obwohl diese Fabriken produktiver arbeiteten, sie nicht gewinnträchtiger waren, da das Lohnniveau höher lag. Baden-Fuller (1988) zeigt wiederum, daß es auch in der Metallindustrie nicht die am wenigsten gewinnträchtigen Betriebe waren, die ihre Pforten schließen mußten. Fabriken wurden eher in diversifizierten Unternehmen geschlossen, während weniger profitable Betriebe in weniger diversifizierten Unternehmen „weitermarschieren“, so sie nicht durch Bankrott mit Gewalt geschlossen werden.

Messungseffekte

Zwei Möglichkeiten der falschen Messung drängen sich auf, nämlich bezüglich des Outputs und des Kapitals. Betreffend den Output streicht Muellbauer (1986) eine Anzahl von wichtigen Punkten heraus, die aus dem Problem der Messung von Korrekturfaktoren der Wertschöpfung stammen. Auch wenn diese Probleme berücksichtigt werden, bleibt der Zuwachs der totalen Faktorproduktivität trotzdem zum Großteil unverändert. Auf der Kapitalseite sind diese Probleme größer, da das Kapital im Verhältnis zu angenommenen festen Lebensdauern bewertet wird. Aufzeichnungen lassen annehmen, daß von 1973 bis 1980 überdurchschnittlich viele Fabriken verschrottet wurden, wodurch die Rate der Nettokapitalakkumulation tendenziell unterschätzt und damit gleichzeitig das TFP-Wachstum überschätzt würde. Auf Basis des in Wadhvani/Wall (1986) zitierten Materials schließt Muellbauer, daß dieser Faktor wohl von gewisser Wichtigkeit sei, keinesfalls jedoch eine umfassende Erklärung liefert.

Die Reorganisation der Produktion

Damit verbleibt uns die Reorganisation der Arbeit. Es ist keine Frage, daß seit 1979 tiefgreifende Veränderungen in der Organisation der Produktion stattgefunden haben. Die Veränderungen in der Arbeitsweise in Richtung größerer Flexibilität und Verminderung der Beschäftigtenzahlen sind vielfältig (siehe z. B. Marsden/Thompson, 1988, oder Boakes, 1988), und diese Veränderungen gingen wesentlich schneller vonstatten als zuvor (siehe z. B. Gross, 1988). Das wurde von erhöhter Durchschlagskraft des Managements in produktivitätsbezogenen Bereichen begleitet (siehe z. B. Morris/Wood 1988). Eine Folge daraus ist, daß die Arbeiter einfach härter arbeiten. Nach dem PUL-Index von Bennet und Smith/Gavine (1987), welcher die Messung der „sich verändernden Intensität, mit welcher in einer gegebenen Arbeitsstunde gearbeitet wird“, zum Gegenstand hat, stieg die Leistung zwischen 1980 und 1984 um etwa 5,6 Prozent und blieb seither auf diesem höheren Niveau.

Unter der nicht unvernünftigen Annahme, daß diese Faktoren zum Wachstum der TFP kräftig beigetragen haben, bleiben die Grundfragen aber: warum ist das passiert, und warum gerade in Großbritannien? Es gibt hier im speziellen zwei Möglichkeiten, welche direkt auf den Einfluß von Frau Thatcher zurückzuführen sind. Erstens gab es eine Reihe von legislativen Änderungen betreffend die Gewerkschaften im besonderen und den Arbeitsmarkt im allgemeinen. Beschränkungen sowohl in bezug auf die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisation als auch die Durchführung von Streiks haben die Verhandlungsposition der Gewerkschaften geschwächt. Das, gemeinsam mit der hohen Arbeitslosigkeit, führte zur Niederschlagung des Ausstandes der Minenarbeiter 1985 und der geringen Häufigkeit von Arbeitskonflikten seit diesem Zeitpunkt. Außerdem wurden Arbeitsplatzgarantien zurückgenommen, und die Macht der Wages-Councils (die wirksam Mindestlöhne festsetzen konnten) wurde stark beschnitten.

Zweitens wurde die britische Wirtschaft zwischen 1979 und 1981 durch einen negativen Schock erschüttert, der weitaus größer als in jedem anderen Land war. Mißt man die Größe dieses Schocks an dem zweijährigen Rückgang in den beiden schlechtesten aufeinanderfolgenden Jahren seit 1979, so erlitt Großbritannien einen Rückgang der Beschäftigung von 5,7 Prozent und des Outputs von 3,5 Prozent. Kein anderes großes Land kommt auch nur in die Nähe dieser Zahlen, wie die Tabelle unten zeigt. Außerdem verursachte dieser Schock einen überaus starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, welche bis zum heutigen Tag mehr oder weniger gleichgeblieben ist.

Diese beiden Faktoren sind möglicherweise wichtig. Die Schwächung der Gewerkschaften ermöglichte es den Managern, produktivitätssteigernde Maßnahmen besser durchzusetzen. Und der Kollaps von Output und Beschäftigung, der von einem enormen Anstieg von Betriebsschließungen und Insolvenzen und einer großen Schwächung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit (wegen der Aufwertung des

Pfundes) begleitet wurde, ließ sowohl den Arbeitern als auch den Managern keine andere Wahl als die Produktivität zu erhöhen oder unterzugehen. Der Vorstandsvorsitzende eines großen Industrieunternehmens ließ die Autoren wissen, daß „sowohl das Management als auch die Arbeiter über den Rand des Abgrunds blickten und einen Schritt zurück taten“. Außerdem wurde durch die ungebrochen hohe Arbeitslosenrate der Druck auf die Arbeiter, bei produktivitätsverbessernden Maßnahmen kooperativ zu handeln, aufrechterhalten.

Um nun herauszufinden, welcher dieser beiden Faktoren den größeren Beitrag geleistet hat, unternahmen wir zwei Untersuchungen. Erstens untersuchten wir den TFP-Zuwachs in einer großen Stichprobe börsennotierter Unternehmen. Hier fanden wir heraus, daß in der Periode von 1973 bis 1979 zwischen Unternehmen mit hohem und niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad kein Unterschied in bezug auf den TFP-Zuwachs bestand, während in der Periode 1979 bis 1985 Unternehmen mit 100 Prozent Organisationsgrad einen jährlich um 3,8 Prozent höheren TFP-Zuwachs zu verzeichnen hatten als nicht gewerkschaftlich dominierte Firmen. Es gibt zögernde Beweise für die Ansicht, daß Veränderungen des Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Klimas wichtig waren. Nun, das zeigt vielleicht auch die Tatsache auf, daß die personelle Überbesetzung in gewerkschaftlich dominierten Unternehmen in den siebziger Jahren vorherrschend war und demzufolge Produktivitätszuwächse leichter zu erzielen waren, sobald entschieden worden war, daß diese Verbesserungen für das Überleben unabdingbar waren. Das stimmt mit den Ergebnissen von Blanchflower/Oswald überein, daß Freisetzungen in gewerkschaftlich dominierten Unternehmen in den frühen achtziger Jahren häufiger waren als in anderen Industrieunternehmen.

In unserer zweiten Untersuchung betrachteten wir die Veränderung des TFP-Zuwachses in den späten siebziger (1974–1978) und achtziger Jahren (1985–1987) in 54 Industriezweigen. Unsere Ergebnisse deuten auf eine wichtige Rolle des Output-Beschäftigungsschocks 1979–81 hin, in dem Sinn nämlich, daß in jenen Industriezweigen, die einen größeren

Maximaler Rückgang in Prozent über zwei Jahre nach 1979:

	Output	Beschäftigung
UK	3,5	5,7
USA	0,4	(0,4)
Frankreich	(1,6)	1,3
BRD	0,4	3,2
Italien	(0,7)	(0,6)
Schweden	(0,5)	0,9
EG	(0,6)	2,1

() bedeutet Zuwachs

Das führt uns zu zwei Endfragen. Warum dauerte der Einfluß des Schocks fort und welche Nebenbedingungen gibt es für den künftigen Zuwachs der TFP? Die Antwort auf die vorstehende Frage kann nur versuchsweise erfolgen, aber es gibt eine Reihe von Hinweisen. Erstens war es wohl der Fall, daß, sobald die Manager in den frühen achtziger Jahren die Initiative ergriffen hatten, die Gesetzgebung und die fortdauernd hohe Arbeitslosigkeit ihnen dabei halfen, ihren Weg weiterzugehen. Zweitens haben die Produktivitätssteigerungen zu anhaltend hohem Reallohnwachstum geführt, wodurch noch höhere Produktivitätssteigerungen leichter erkaufte werden konnten. Drittens konnten Produktivitätssteigerungen relativ leicht in dem Sinn erreicht werden, daß Personalstände und die Organisation von Maschinenparks schrittweise der Praxis in den besten europäischen Unternehmen angenähert werden konnten, wodurch man enorme Verbesserungen erreichte. Eine Anzahl von „matched plant“-Studien in den achtziger Jahren zeigt enorme Unterschiede in der Produktivität zwischen deutschen und

britischen Fabriken, welche dieselben Technologien zur Herstellung ähnlicher Produkte verwendeten (siehe z. B. Daly/Hitchens/Wagner, 1985, Steedman/Wagner, 1987). Sogar 1986 war der durchschnittliche Output per Arbeitnehmer in der britischen Wirtschaft auf Kaufkraftparitätsbasis nur 72 Prozent des Durchschnitts der 9 EG-Länder, welcher seinerseits grob dem Niveau der USA entsprach (OECD, 1988, S. 1) (siehe Abbildung 1).

Betreffend das Fortdauern der hohen TFP-Zuwachsraten gibt es zwei mögliche Probleme.

Erstens: Wenn die Arbeitslosigkeit stark sinkt, könnte ein geringeres Arbeitskräfteangebot dazu führen, daß Manager trotz der legislativen Veränderungen, die eingeführt wurden, die Initiative verlieren. Soweit gibt es keine Hinweise dafür, daß das aufgrund der jüngsten Rückgänge der Arbeitslosigkeit tatsächlich passieren könnte, aber diese waren schwach im Vergleich zu dem vorangegangenen Anstieg.

Zweitens: Während sicherlich ein beträchtlicher Unterschied in der Produktivität zwischen britischen und ähnlichen europäischen Betrieben bestehen bleiben wird, deutet alles darauf hin, daß diese Unterschiede wegen des vergleichsweise niedrigen Ausbildungsniveaus der britischen Arbeitskräfte immer weniger leicht aufzuholen sein werden. Dieselben matched-plant Studien enthüllen, wie es z. B. in Deutschland das relativ hohe Niveau der beruflichen Ausbildung der Arbeiter erlaubt, Betriebe in einer Art und Weise zu führen, die einen wesentlich höheren Output pro Kopf zu erreichen erlaubt als in Großbritannien, auch wenn die maschinelle Ausstattung sehr ähnlich ist. Es erscheint früher oder später wahrscheinlich, daß der Mangel an entsprechend ausgebildeten Leuten die Produktivitätsentwicklung in Großbritannien hemmen wird, so nicht eine dramatische Verbesserung der Ausbildungsmöglichkeiten sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht erfolgt (siehe z. B. Prais/Wagner 1988, Prais 1987, Prais/Steedman, 1986, für genauere Hinweise).

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es eine erhebliche Verschiebung der Kräfte in der Produktion gegeben hat, die zu Produktivitätszuwachs geführt hat. Außerdem wurde das Motiv des Gewinnstrebens rehabilitiert, das zu Effizienzerhöhung führt.

Großbritanniens Wirtschaft, die den europäischen wirtschaftlichen Rückgang vermieden hat, wächst nun etwa im Durchschnitt der OECD-Länder. Ob wir demnächst wieder eine Aufholjagd beginnen, ist unsicher.

Inflation und der Ölsegen

Der besorgniserregendste Punkt in der britischen Wirtschaft bleibt der Inflationsdruck. Trotz hoher Arbeitslosigkeit war der durchschnittliche Zuwachs der Stundenlöhne zwischen 1982 und 1987 ziemlich konstant immer etwa 7 Prozent p. a. und stieg mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf etwa 9 Prozent in 1988.

Wir führen den enormen Anstieg der Non Accelerating Inflation Rate

of Unemployment (NAIRU) hauptsächlich auf den Aufbau hoher Langzeitarbeitslosigkeit während des konjunkturellen Rückganges der frühen achtziger Jahre zurück (Layard/Nickell, 1978 B). Genau wie in anderen europäischen Staaten erkannte die Regierung nicht, daß, obwohl ein kurzer, starker Schock die Produktivität verbessern kann, dieser genauso den Arbeitsmarkt versteinern lassen und die Arbeitsmoral untergraben kann. Die Regierung hat erst kürzlich in geringem Ausmaß begonnen, Langzeitarbeitslose in die arbeitende Gesellschaft zu integrieren.

Daher war die Inflationsentwicklung seit 1982 sehr enttäuschend. Zuvor gab es aber beachtliche Erfolge, die wir bereits aufgezählt haben. Wie kam es nun zu diesen?

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit war ein wichtiges Element dieser Geschichte. Ebenso war es das Nordseeöl – aber dessen Rolle ist nicht allgemein bekannt. Ohne das Nordseeöl wäre die Inflation beträchtlich höher als derzeit – hätte die Regierung gleichzeitig die Arbeitslosigkeit nicht noch weiter ansteigen lassen.

Um die Rolle des Nordseeöls zu bewerten, verwenden wir das Modell von Layard/Nickell (1987a, b). In vereinfachter Form besitzt dieses eine Preisgleichung

$$p - w = \alpha_0 - \alpha_1 u - \alpha_2 \Delta^2 w \quad (1)$$

und eine Lohngleichung

$$w - p = \beta_0 - \beta_1 u + \beta_2 v (p^* - \bar{p}) - \beta_3 \Delta^2 p \quad (2)$$

wobei p der Logarithmus des BIP-Deflators w der Logarithmus der Arbeitskosten per Arbeitsstunde, u die Arbeitslosenrate, $p^* - \bar{p}$ der Logarithmus der Wettbewerbsfähigkeit und v der Importanteil ist. Der Saldo der Zahlungsbilanz (CA) wird berechnet aus

$$CA = c_0 + c_1 u + c_2 v (p^* - \bar{p}) + c_3 OIL \quad (3)$$

wobei OIL der reale Wert der Ölproduktion Großbritanniens ist. Wir erkennen an, daß das Niveau der Wettbewerbsfähigkeit keine permanente Auswirkung auf die Reallöhne haben könnte, jüngste Beobachtungen über gewisse Zeiträume zeigen aber, daß es nicht möglich ist, die Anwesenheit eines solchen Niveaueffektes zu ignorieren.

Mit dem Modell arbeitend beginnen wir mit der Beobachtung, daß in den Thatcher-Jahren die Nettoexporte sich immer um ± 1 Prozent des BIP bewegten (ausgenommen größere Überschüsse von 1980 bis 1982 und ein größeres Defizit 1988). Um nun einen Überblick zu gewinnen, nehmen wir an, daß die Fiskal- und Geldpolitik ohne das Nordseeöl so gestaltet worden wäre, daß damit der gleiche Zahlungsbilanzsaldo erwirtschaftet worden wäre. Wenn wir außerdem annehmen, daß sich auch die Arbeitslosigkeit auf demselben Niveau befunden hätte, wäre der Inflationsdruck wohl wesentlich größer gewesen, da der reale Außenwert des Pfundes um 15 Prozent niedriger gewesen wäre, wodurch die NAIRU angehoben worden wäre, wie implizit in Gleichungen (1) und (2) gezeigt wird. Setzen wir nun $\Delta^2 w \approx \Delta^2 p$, so können die Veränderungen in der Inflationsrate während der Thatcher-Jahre kumuliert werden, wodurch sich herausstellt, daß die Inflation ohne Öl um etwa 11 Prozent höher wäre⁴.

Hier wird von der Annahme ausgegangen, daß die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gemäß der tatsächlichen Entwicklung verlaufen wäre. Es ist aber wahrscheinlicher, daß der Inflationspfad dem tatsächlichen entsprochen hätte, das Nordseeöl aber ein niedrigeres Niveau der Arbeitslosigkeit erlaubt hat, als sonst nötig gewesen wäre. Aufgrund dieser Annahmen stellt sich heraus, daß während der Thatcher-Jahre durch die Auswirkungen der Nordseeölgewinnung die Arbeitslosigkeit um zwei Prozentpunkte geringer ausfiel, und der reale Außenwert des Pfundes um sechs Prozentpunkte höher war⁵. In diesem Prozeß wurden die realen Nettolöhne gegenüber dem, wie sie sonst ausgesehen hätten, beträchtlich angehoben. Dieses zusätzliche Realeinkommen kommt aus zwei Quellen: Erstens dem niedrigeren relativen Preis der Importe und zweitens den niedrigeren Steuern (auf Arbeit und Güter), die durch Steuereinnahmen aus der Nordseeölproduktion ermöglicht wurden. Während der Thatcher-Jahre waren diese Einnahmen durchschnittlich 2 Prozent des BIP, und wir nehmen an, daß die Steuerbelastung der Arbeitnehmer um denselben Betrag vermindert wurde. Um nun die endgültigen Auswirkungen auf die realen Nettoeinkommen zu bewerten, müssen wir berücksichtigen, daß in der Lohngleichung (2) das geringere Niveau der Importpreise auch die Bruttoeinkommen verringert hat. Da aber $\beta_2 = 0,5$ ist, erfolgte dieser Ausgleich zu einem sehr geringen Teil. Insgesamt hat der Effekt der Nordseeölproduktion während der Thatcher-Jahre durchschnittlich zu einem Anstieg der Reallöhne um fast 4 Prozent p. a. geführt.

Wie dem auch sei, es gehen alle guten Dinge einem Ende zu. Die Vorteile aus der Nordseeölproduktion verminderten sich mit dem Rückgang der Ölpreise 1985/86 beträchtlich. Das, gemeinsam mit einem gewissen Rückgang in der Ölproduktion, reduzierte die Nettoölexporte um etwa 3 Milliarden Pfund seit 1985. Der Beitrag der Nordseeölproduktion wird mit dem Rückgang der Gewinnung noch weiter fallen. Das Zahlungsbilanzdefizit 1988 wird nun auf etwa 4 Prozent des BIP geschätzt, und es sind nur geringe Verbesserungen in Sicht. Man könnte nun fragen, warum die Regierung in dieser Situation versucht, durch hohe Zinsen den Außenwert des Pfundes zu stützen. Die Antwort ist, daß ein Sinken des realen Wechselkurses die NAIRU bei gleichzeitiger Reduktion der Arbeitslosigkeit ansteigen lassen würde, wodurch der Trend steigender Inflation noch begünstigt würde.

Abschließend bleibt zu sagen, daß Frau Thatchers Inflationsreduktion sehr leicht durch Arbeitslosigkeit und Nordseeöl erklärt werden kann. Es gibt keinen schlüssigen Hinweis, daß die Glaubhaftigkeit der Finanzpolitik eine größere Rolle spielte als während der Periode etwa gleich hoher Inflationsreduktion von 1975 bis 1977, welche mit weitaus geringerer Arbeitslosigkeit erreicht wurde. Der Schatzkanzler hat verlauten lassen, daß die Inflationsentwicklung „Richter und Geschworene“ seiner Maßnahmen sei. Im günstigsten Fall drängt sich der Schluß auf, daß sich Richter und Geschworene noch beraten. Wir wissen alle, daß genug Arbeitslosigkeit die Inflation beherrschbar macht, die Frage ist nur, wieviel dazu notwendig ist.

4. Ungleichheit

Bezüglich der Ungleichheit ist die Entwicklung klar. Es gab einen starken Anstieg und drei hauptsächliche Verschiebungen. Erstens entwickelten sich die Bruttoeinkommen stärker in Richtung Ungleichheit als in allen früheren Perioden seit Aufzeichnungen geführt werden. Zwischen 1979 und 1988 stiegen die wöchentlichen Bruttolöhne von vollbeschäftigten Arbeitern wie folgt:

Männer	Oberstes Perzentil	60%
	Oberstes Zehntel	38%
	Unterstes Zehntel	12%
Frauen	Oberstes Zehntel	46%
	Unterstes Zehntel	18%

Zweitens wurde dem Steuersystem etwas von der Progressivität genommen. Direkte Steuern (Einkommensteuer und Sozialabgaben) waren für einen alleinstehenden Mann folgender Teil des Bruttoeinkommens:

	Einkommen entsprechend 300% des durchschnitt- lichen Einkommens männ- licher Arbeitnehmer	Einkommen entsprechend 50% des durchschnittlichen Einkommens männlicher Arbeitnehmer
1978/79	40%	24%
1988/89	33%	24%
Veränderung	7%	—

Nach Berücksichtigung der Änderung der Steuertarife erhält man folgende Wachstumsraten der realen Nettoeinkommen zwischen 1979 und 1988 (nach Budgeterstellung):

Männer oberstes Zehntel	+ 73%
Männer unterstes Zehntel	+ 13%

Wenn man nun die (nicht entsprechend angehobene) Kinderbeihilfe in das verfügbare Einkommen einschließt, so war ein Ehepaar mit zwei Kindern, deren Vater sich im untersten Zehntel der Einkommensbezieher aus manueller Arbeit befindet, 1987 ärmer als 1979 (Cox, 1988).

Zum Schluß gibt es noch den Effekt des Anstiegs der Arbeitslosigkeit auf die Ungleichheit – und die Veränderungen in den Unterstützungszahlungen. Berücksichtigt man nun das alles, so stellt sich heraus, daß die Zahl der Personen, die vom oder von weniger als dem offiziellen Existenzminimum leben müssen, in den ersten sechs Jahren der Thatcher-Regierung um mehr als 55 Prozent gestiegen ist und seitdem sicher noch gewachsen ist. Die Zahl der Kinder am oder unter dem Existenzminimum hat sich um 91 Prozent erhöht.

Das hier zugrunde gelegte Existenzminimum ist das Niveau der Ausgleichszahlungen der Regierung, welches stärker als die Preise, aber langsamer als die Einkommen gestiegen ist. Nimmt man hingegen das reale Mindesteinkommen von 1979, wird die Zunahme der Armut halbiert.

5. Schlußfolgerung

Ein Wunder tritt dann auf, wenn sich die Tatsachen wesentlich erfreulicher als erwartet entwickeln. Wir haben nicht versucht, eine Situation zu konstruieren, die den Tatsachen nicht entspricht. Würden wir aber dazu gezwungen, könnten wir folgende Aussage riskieren: Im Vergleich zu hypothetischen zehn Jahren einer Regierung Callaghan/Healey hat Frau Thatcher die Arbeitslosigkeit und die Ungleichheit ansteigen lassen und die Inflation verringert. Obwohl durch sie die Produktivität erhöht wurde, ist das Urteil über den Output unsicher.

Der Leser möge seine eigene Kosten-Nutzen-Analyse durchführen. Hier werden wohl die Entwicklung bis zum jetzigen Zeitpunkt, die Zukunftsaussichten und die verwendeten Werturteile miteinbezogen werden müssen. Sicherlich findet man hier Nutzen, aber auch beträchtliche Kosten.

Anmerkungen

- 1 Der Produktivitätszuwachs war, wie in anderen Ländern auch, niedriger, und die Inflation wuchs.
- 2 Die Bewegungen des durchschnittlichen Einkommensindex in den zwölf Monaten bis Mai waren (DEG-Aufstellung 5.1, in Prozent p. a.):

1977	8,9	(5 Prozent Lohnerhöhung)
1978	12,6	(10 Prozent Lohnerhöhung)
1979	13,5	(5 Prozent Lohnerhöhung)
1980	21,3	(keine Lohnerhöhung)
1981	13,2	(keine Lohnerhöhung)

Das jährliche Wachstum des BIP-Deflators zu Faktorkosten war (Economic Trends, Prozent p. a.) (Diese Zahlen unterscheiden sich leicht von den OECD-Zahlen in Tabelle 1):

1977	12,3
1978	12,2
1979	12,7
1980	18,8
1981	10,3
- 3 Unglücklicherweise widerspricht dieses Ergebnis jenem in Denny/Muellbauer (1988), welches diese Industriedaten in Verbindung mit unternehmensbezogenen Informationen über Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnisse verwendet und feststellt, daß die Gewerkschaftsdichte einen negativen Einfluß auf die Zuwachsraten der Totalen Faktorproduktivität zwischen 1980 und 1984 hatte. Ihre Ergebnisse aber sind *ceteris paribus* bezüglich einiger anderer Variabler der Arbeitsbeziehungen und daher nicht direkt vergleichbar.
- 4 Vergleichbare Berechnungen mit dem Modell des National Institute (definiert für eine 15prozentige Aufwertung) ergeben eine Reduktion der Inflationsrate um fünf Prozentpunkte.
- 5 Das entspricht der Veränderung von $p^* - \bar{p}$, i. e. dem Index des Internationalen Währungsfonds der weltweiten Güterexporte in \$ bewertet mal dem £/\$-Wechselkurs dividiert durch den BIP-Deflator. Sinkt dieser Indikator, dann fallen die relativen Importpreise weniger stark und die relativen Exportpreise steigen weniger stark, da die Gewinnspannen sinken.

Literatur

- Baden-Fuller, C., (1988), "Exit from Declining Industries and the Case of Steel Castings", London Business School, mimeo
- Ball, J., (1988), "The United Kingdom Economy: Miracle or Mirage?" London Business School, mimeo
- Bean, C., (1987), "The Impact of North Sea Oil", in R. Dornbusch and R. Layard, (eds), *The Performance of the British Economy*, Oxford University Press
- Bennet, A. and Smith-Gavine, S., (1987), "Index of Percentage Utilization of Labour", Bulletin to Co-operating Firms, No. 52, Leicester Polytechnic, mimeo
- Boakes, K., (1988), *Britain's Productivity Miracle – More to Come*, Greenwell Montague Gilt-Edged, Economic Research Paper, May
- Brittan, S., (1988), "The Government's Economic Policy", mimeo
- Burns, T., (1988), "The UK Government's Financial Strategy", HM Treasury, mimeo
- Cross, M., (1988), "Changes in Working Practices in UK Manufacturing Industry 1981–88", *Industrial Relations Review and Report*, 5 May
- Cox, G., (1988), "The Pay Divide", Greater Manchester Low Pay Unit, Briefing Paper No. 10
- Daly, A., Hitchen, D. and Wagner, K., (1985), "Productivity, Machinery and Skills in a Sample of British and German Manufacturing Plants: Results of a Pilot Inquiry", *National Institute Economic Review*, February
- Denny, K. and Muellbauer, J., (1988), "Economic and Industrial Relation Explanations of Productivity Change: Some Evidence for the British Manufacturing Sector 1980–84", Nuffield College, Oxford, mimeo, February
- Englander, A. S. and Mittelstädt, A., (1988), "Total Factor Productivity: Macroeconomic and Structural Aspects of the Slowdown", OECD, *Economic Studies* No. 10, Spring
- Lawson, The Rt. Hon. Nigel, (1984), "The British Experiment", Fifth Mais Lecture, City University Business School, June
- Layard, R. and Nickell, S., (1987a), "Unemployment in Britain", in C. Bean, R. Layard and S. Nickell, (eds), *The Rise in Unemployment*, Basil Blackwell
- Layard, R. and Nickell, S., (1987b), "The Labour Market", in R. Dornbusch and R. Layard, (eds), *The Performance of the British Economy*, Oxford University Press
- Marsden, D. and Thompson, M., (1988), "Flexibility Agreements in Britain and their Significance in the Increase in Productivity in British Manufacturing since 1980", London School of Economics, Industrial Relations Department, mimeo, February
- Matthews, K. and Minford, P., (1987), "Mrs. Thatcher's Economic Policies 1979–87", *Economic Policy*, No. 5, October
- Matthews, K. and Stoney, P., (1988), "The Roots of the Thatcher Success", University of Liverpool, mimeo
- Maynard, G., (1988), *The Economy Under Mrs. Thatcher*, Basil Blackwell
- Metcalf, D., (1988), "Water Notes Dry Up", London School of Economics, Centre for Labour Economics, Discussion Paper No. 314
- Morris, T. and Wood, S., (1988), "Change and Continuity in British Industrial Relations", London Business School, mimeo, May
- Muellbauer, J., (1986), "Productivity and Competitiveness in British Manufacturing", *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 2(3), Autumn, p. 1–25
- OECD, *Economic Surveys, United Kingdom, (1987–88)*
- Oulton, N., (1987), "Plant Closures and the Productivity Miracle in Manufacturing", *National Institute Economic Review*, August
- Prais, S., (1987), "Educating for Productivity: Comparisons of Japanese and English Schooling and Vocational Preparation", *National Institute Economic Review*, February
- Prais, S. and Steedman, H., (1986), "Vocational Training in France and Britain: the Building Trades", *National Institute Economic Review*, May
- Prais, S. and Wagner, K., (1988), "Productivity and Management: the Training of Foremen in Britain and Germany", *National Institute Economic Review*, February
- Steedman, H. and Wagner, K., (1987), "A Second Look at Productivity, Machinery, and Skills in Britain and Germany", *National Institute Economic Review*, November
- Wadhvani, S. and Wall, M., (1986), "The UK Capital Stock – New Estimates of Premature Scrapping", *Oxford Review of Economic Policy*, Vol. 2(3), Autumn, p. 44–55
- Walters, A., (1986), *Britain's Economic Renaissance*, Oxford University Press